

Milliardenfalle Asyl

Niemand will die finanziellen Folgen der heutigen Asylpolitik kennen. Doch eine Schätzung zeigt: Hält die Zuwanderung an und anerkennt der Bund weiterhin so viele Flüchtlinge wie bis anhin, könnten die jährlichen Kosten schon bald auf über sechs Milliarden Franken steigen. *Von Alex Reichmuth*



Pauschale des Bundes reicht nicht aus: Unterricht für Asylsuchende, Davos, 1. April 2016.

Für einmal sprach ein Beamter Klartext, was die Asylkosten angeht. Serge Gaillard, Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung, kündigte vor einigen Tagen an, dass das Asylwesen den Bund schon übernächstes Jahr mit 2,4 Milliarden Franken belasten wird. Das entspricht glatt einer Verdoppelung der ursprünglich budgetierten Kosten für letztes Jahr. Noch 2011 wendete der Bund weniger als eine Milliarde Franken für Asylanten auf. Die rasante Steigerung kommt nicht überraschend. Weil immer mehr Asylsuchende kommen und Bundesbern gegenüber früher viel mehr Gesuche gutheisst, vervielfacht sich die finanzielle Belastung.

Allerdings sind im Budget des Bundes längst nicht alle Kosten des Flüchtlingswesens berücksichtigt. Zwar bezahlt der Bund Pauschalen für die Unterbringung und Betreuung von

Asylbewerbern. Doch viele Vertreter von Kantonen und Gemeinden bemängeln, diese deckten die wahren Kosten nicht. So richtet der Bund für die Integration von Flüchtlingen pro Person einmalig 6000 Franken aus. Damit soll insbesondere die berufliche Eingliederung gewährleistet werden. Dieser Betrag stehe aber «in keiner Relation zu den tatsächlichen Aufwendungen», schrieb Guido Graf (CVP), Sozialdirektor des Kantons Luzern, in der NZZ. Tatsächlich koste die Integration mindestens 20 000 Franken pro Person.

«Massgeschneidertes Setting»

Die an Asylanten ausgerichteten Pauschalen reichten «bei weitem nicht», bemängelt auch Roger Bachmann (SVP), Sozialvorsteher von Dietikon ZH. In seiner Gemeinde hätten zum Beispiel der Umbau einer Zivilschutzanlage

und die anschliessende Betreuung von Asylanten hohe Kosten verursacht, die mehrheitlich an Dietikon hängengeblieben seien.

Weiter gibt es Folgekosten, die in den Pauschalen des Bundes grundsätzlich nicht berücksichtigt sind. So müssen die Kantone und Gemeinden die Kosten für die Schulung von Kindern zugewiesener Asylanten selber tragen. Diese fallen meist besonders hoch aus, weil die Vorbildung vieler Asylkinder schlecht ist. «Jedes Kind, das hierherkommt, ist ein Einzelfall und braucht ein massgeschneidertes Setting», sagte Urs Wuffli (FDP), Gemeinderat im zürcherischen Neftenbach, im *Landboten*. «Manche können die Sprache nicht, manche haben ein anderes Alphabet gelernt, einige waren noch gar nie in der Schule.» Neftenbach rechnet mit Kosten von über 300 000 Franken für die Schulung der derzeit zwölf

Asylantenkinder, so Wuffli. «Das sind mehr als zwei Steuerprozente.»

Zu einer grossen Belastung entwickeln sich vor allem die langfristigen Kosten der Asylpolitik. Denn Bern übernimmt die Aufwendungen für anerkannte Flüchtlinge und sogenannte vorläufig Aufgenommene nur während der ersten fünf beziehungsweise sieben Jahre nach deren Ankunft in der Schweiz. Anschliessend müssen die Kantone und Gemeinden die Integrations- und Unterstützungsleistungen für ehemalige Asylsuchende tragen. Weil viele Menschen den Sprung in die Arbeitswelt nie schaffen und dauerhaft auf Sozialhilfe angewiesen sind, geht das gewaltig ins Geld.

Lange realisierte niemand, welche Kostenwelle hier insbesondere auf die Gemeinden zurollt. Es war die Sozialvorsteherin von Aarburg AG, die zuerst Alarm schlug. «Wenn niemand etwas unternimmt, ist unsere Gemeinde in absehbarer Zeit bankrott», warnte Gemeinderätin Mar-

Lange realisierte niemand, welche Kostenwelle hier insbesondere auf die Gemeinden zurollt.

tina Bircher (SVP). Sie rechnete vor, dass fast die Hälfte aller Sozialhilfebezügler in ihrer Gemeinde ehemalige Asylanten sind. Weil Aarburg bald für all diese Menschen selber aufkommen muss, kommen laut Bircher Mehrausgaben von bis zu drei Millionen Franken auf die Gemeinde zu – dies bei einem Budget von 28 Millionen.

Mittlerweile ist auch anderswo das böse Erwachen im Gang. Wegen steigender Sozialkosten vor allem von ehemaligen Asylanten müsse seine Gemeinde die Steuersätze bis in fünf Jahren wohl um 25 bis 30 Prozent erhöhen, sagt Markus Briner (parteilos), Sozialvorsteher in Othmarsingen AG, «zumindest dann, wenn sich am Finanzierungsmodell nichts ändert».

Pascal Ryf, Schulleiter in Allschwil BL, machen die Schulkosten wegen der Flüchtlingswelle Bauchweh. «Wir können diese Zusatzkosten schlicht nicht auch noch stemmen», meinte er gegenüber der *Basler Zeitung*. Felix Wolffers, Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos), sprach vor kurzem von einer «sozialpolitischen wie finanziellen Zeitbombe», falls es nicht gelinge, die vielen mehrheitlich jungen Flüchtlinge rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. FDP-Präsident Philipp Müller forderte im März, dass der Bund zehn Jahre lang die vollen Kosten für Asylanten trägt – um die Gemeinden zu entlasten, aber auch, um im Departement der zuständigen Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein Umdenken zu bewirken. «Es ist denkbar», so Müller, «dass der Kostendruck beim Bund zu einer tieferen Schutzquote führen würde.»

Von einer tieferen Schutzquote ist aber weit und breit nichts in Sicht. Während das Staats-

sekretariat für Migration früher die meisten Asylbewerber abgewiesen hat, erteilt es seit etwa zwei Jahren einer Mehrheit von ihnen ein Bleiberecht – dies mit dem Hinweis, wegen der vielen Konflikte in der Welt seien derzeit besonders viele Flüchtlinge auf Schutz angewiesen. So sind letztes Jahr fast 10 000 Eritreer als Asylbewerber in die Schweiz gekommen. Wegen der angeblich unhaltbaren Menschenrechtssituation in ihrem Heimatland dürfen praktisch alle bleiben. Die Integration dieser Menschen aus einer völlig anderen Kultur gelingt aber nur in wenigen Fällen. Fast alle eritreischen Asylanten leben von der Fürsorge. Allgemein bezieht die grosse Mehrheit aller Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen Sozialhilfe.

Überfragte Ämter, ratlose Politiker

Fragt man nach Zahlen und den Kosten, die wegen der gegenwärtigen Asylpolitik auf die Schweiz zukommen, ist die Reaktion meist ein Achselzucken. Ämter sind überfragt. Politiker sind ratlos. Angeblich sollen die Finanzströme viel zu kompliziert sein, um sie erfassen zu können. «Eine Erhebung der Kosten im Asyl- und Flüchtlingsbereich, welche nicht in finanzieller Zuständigkeit des Bundes [...] sind», verkündete der Bundesrat schon vor drei Jahren, «würde bei sämtlichen betroffenen Akteuren (insbesondere den Kantonen und Gemeinden) einen enormen administrativen Aufwand generieren.» Angesichts der Milliardenbeträge, um die es geht, ist diese Haltung erstaunlich.

Sind die finanziellen Folgen der heutigen Asylpolitik wirklich so unergründlich? Die *Weltwoche* wagt eine Schätzung. Es sollen die totalen Kosten hochgerechnet werden, die im Jahr 2025 für gegenwärtige und ehemalige Asylbewerber anfallen. Angenommen wird da-

bei, dass der Zustrom von Asylmigranten in den kommenden Jahren gegenüber 2015 zwar leicht zurückgeht, mit jährlich 30 000 Personen aber auf hohem Niveau bleibt. Weiter wird vorausgesetzt, dass Bundesbern die grosszügige Anerkennungspraxis beibehält und jeweils die Hälfte aller Asylsuchenden dauerhaft in der Schweiz bleibt: 15 000 Personen pro Jahr, davon 7500 als anerkannte Flüchtlinge und 7500 als vorläufig Aufgenommene (die erfahrungsgemäss fast immer definitiv bleiben). Es soll zudem angenommen werden, dass die Gesetzesrevision, über die im Juni abgestimmt wird, die Asylverfahren, wie vom Bund versprochen, beschleunigt und künftig die Asylentscheide im Schnitt bereits nach einem Jahr fallen.

Im Jahr 2025 sind aufgrund dieser Annahmen 30 000 Asylsuchende in der Schweiz, über deren Gesuch noch nicht entschieden ist, sowie 30 000 anerkannte Flüchtlinge und 45 000 vorläufig Aufgenommene, die weniger als fünf beziehungsweise sieben Jahre hier leben. Für sie alle kommt grundsätzlich der Bund auf – total 105 000 Personen. Das sind 46 Prozent mehr Asylsuchende, anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene unter der Ägide des Bundes als Ende Februar 2016 (72 000 Personen). Rechnet man die Asylkosten des Bundes von 2015 (etwa 1,8 Milliarden Franken, inklusive Nachtragskrediten) mit diesem Faktor hoch, betragen die Asylkosten des Bundes 2025 (bei angenommenem gleichen Aufwand pro Person) rund 2,6 Milliarden Franken.

Teure Fremdplatzierungen

Nicht inbegriffen sind dabei wie erwähnt die Schulkosten für Asylantenkinder. Simonetta Sommaruga lehnte im letzten Dezember eine Beteiligung des Bundes ab. Für die Finanzierung des Schulwesens seien die Kantone zu-



Mehrausgaben: Gemeinderätin Bircher (SVP).



«Anderes Alphabet»: Gemeinderat Wuffli (FDP).



Umdenken? Bundesrätin Sommaruga.

ständig, machte die Justizministerin klar. Geht ein Kind ein Jahr zur Volksschule, kostet das durchschnittlich etwa 20 000 Franken. Bei Kindern von Asylbewerbern entstehen aber oft viel höhere Kosten. «Es ist üblich, dass zwölfjährige Asylkinder erst mit den Zahlen eins bis zehn rechnen können», sagt der Finanzvorstand einer Schulgemeinde im Kanton Zürich. Häufig braucht es wegen fehlender Vorbildung und Integrationsschwierigkeiten spezielle Stützkurse, sonderpädagogische Massnahmen oder den Einsatz von Logopäden und Heilpädagogen. Dadurch verdoppeln oder verdreifachen sich die Schulkosten schnell. Richtig teuer wird es aber, wenn wegen Erziehungs- und Schulschwierigkeiten Familienbegleitungen durch Sozialarbeiter nötig werden. Die Fremdplatzierung eines Kindes in einem Heim – im Asylbereich keine seltene Massnahme – kostet unter Umständen über 100 000 Franken pro Jahr.

Hier soll angenommen werden, dass es im Schnitt 30 000 Franken kostet, wenn ein Asylantenkind ein Jahr zur Schule geht – inklusive flankierender Erziehungsmassnahmen. Falls auch 2025 wie heute rund jeder vierte Asylbewerber ein Kind im schulpflichtigen Alter ist, entstehen Kantonen und Gemeinden damit Kosten von 800 Millionen Franken.

Ins Geld gehen weiter die Anstrengungen, um die Asylbewerber beruflich und gesellschaftlich zu integrieren. Eine Umfrage von 2013 unter 420 Asylanten mit Bleiberecht ergab, dass nur jeder Fünfte beim Eintritt in die Schweiz einen Berufs- oder Bildungsabschluss hatte. Dreissig Prozent der Befragten verfügten über keine Berufserfahrung. Ein einjähriger Basis-Qualifikationskurs für Asylbewerber kostet aber etwa 25 000 Franken. Auch ein Sprachkurs kann schnell 10 000 Franken im Jahr kosten. Offensichtlich reicht die einmalige

Integrationspauschale des Bundes von 6000 Franken pro Person also tatsächlich nicht aus. Die Stadt Bern etwa hat letzte Woche bekanntgegeben, die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in den nächsten vier Jahren mit zusätzlichen 1,9 Millionen Franken zu fördern. Geht man davon aus, dass die totalen Integrationsaufwendungen im Schnitt 20 000 Franken pro Person betragen, sind also 14 000 Franken nicht durch den Bund gedeckt. Erhalten im Jahr 2025 15 000 Asylanten ein Bleiberecht, belastet deren Integration Kantone und Gemeinden mit weiteren 210 Millionen Franken.

81 Prozent beziehen Sozialhilfe

Insgesamt verursachen die Asylanten, die unter der Ägide des Bundes stehen, 2025 damit Kosten von rund 3,6 Milliarden Franken. Dazu kommen die Unterstützungsleistungen für ehemalige Asylbewerber, die schon länger als fünf beziehungsweise sieben Jahre in der Schweiz leben. Zu ihnen zählen diejenigen, die bereits jetzt, 2016, in der Schweiz sind. Ende Februar waren es rund 40 000 anerkannte Flüchtlinge und 33 500 vorläufig Aufgenommene, also 73 500 Personen. Es soll angenommen werden, dass 60 000 von ihnen auch 2025 noch in der Schweiz leben. Dazu kommen gemäss den Annahmen weitere 60 000 Personen, die in den nächsten Jahren ein Bleiberecht bekommen und die 2025 ebenfalls nicht mehr vom Bund unterstützt werden. So-

Ein Basis-Qualifikationskurs für Asylbewerber, der ein Jahr dauert, kostet etwa 25 000 Franken.

mit müssen die Kantone und Gemeinden dazuzumal für die Kosten von 120 000 Ex-Asylbewerbern selber aufkommen.

2014 waren von den anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen, die noch unter der Ägide des Bundes stehen, hohe 81 Prozent ganz oder teilweise auf Sozialhilfe angewiesen. Die Fürsorgeabhängigkeit von Ex-Asylbewerbern sinkt erfahrungsgemäss auch nach längerem Aufenthalt in der Schweiz nur mässig. Gemäss aktuellsten Zahlen der Skos sind von den anerkannten Flüchtlingen, die maximal seit zehn Jahren hier sind, nur 21 Prozent erwerbstätig. Bei den vorläufig Aufgenommenen beträgt die Erwerbsquote immerhin 30 Prozent.

Schlüers 7,1-Milliarden-Schätzung

Es soll angenommen werden, dass 2025 die Sozialhilfequote unter den seit langem anwesenden Asylanten 60 Prozent beträgt. Zudem wird von einer durchschnittlichen Unterstützungsleistung von 20 000 Franken pro Person ausgegangen. Die Kosten für Sozialhilfe belaufen sich damit auf 1,44 Milliarden Franken. Dazu kommen Schulungskosten für 30 000

Kinder der seit langem anwesenden Asylanten in der Höhe von 900 Millionen Franken.

Berücksichtigen muss man weiter die Kosten wegen krimineller Handlungen von Asylanten. Asylbewerber verstossen deutlich häufiger gegen Gesetze als die ansässige Bevölkerung – wobei es zwischen einzelnen Volksgruppen grosse Unterschiede gibt. Die Folgekosten in der Justiz sind in der Asylrechnung des Bundes ebenfalls nicht enthalten. Gemäss einer früheren Auskunft des Bundesrats waren 2011 rund 11 Prozent aller Personen, die sich im Straf- und Massnahmenvollzug befanden, Asylsuchende.

Geht man von jährlichen Aufwendungen des Schweizer Strafvollzugs von rund einer Milliarde Franken aus, haben kriminelle Asylbewerber 2011 somit wohl Kosten von über 100 Millionen Franken verursacht. Nicht berücksichtigt sind dabei Straftaten ehemaliger Asylbewerber mit Bleiberecht. Gemäss den Annahmen leben 2025 aber viel mehr Asylbewerber und ehemalige Asylbewerber als 2011 in der Schweiz. Zudem gilt es, auch die Kosten im übrigen Justizapparat (etwa bei den Gerichten) und bei der Polizei zu berücksichtigen. Die Kosten, die 2025 durch kriminelle Handlungen von Asylanten entstehen, werden zurückhaltend auf 300 Millionen Franken geschätzt.

Die direkten und indirekten Asylkosten im Jahr 2025 summieren sich somit auf rund 6,1 Milliarden Franken. Diesen Kosten müssten finanzielle Beiträge der Asylanten ans Gemeinwesen gegenübergestellt werden – namentlich Steuererträge. Doch die meisten Asilmigranten bleiben erwerbslos, meist dauerhaft. Und die Einkommen derer, die einer Arbeit nachgehen, sind meist so tief, dass kaum Steuern anfallen. Insgesamt dürften die Steuererträge von Asylanten, verglichen mit den Milliardenkosten, fast vernachlässigbar sein. Umgekehrt gibt es weitere Ausgabenposten, die hier nicht berücksichtigt sind. Dazu zählen medizinische Leistungen, die von Migranten allgemein in überdurchschnittlichem Masse beansprucht werden. Ein Gemeindevertreter spricht von «extremen Gesundheitskosten», die Asylanten auslösten – etwa wegen teurer Zahnsanierungen. In Rechnung stellen müsste man zudem den Verwaltungsaufwand, der bei Kantonen und Gemeinden in Sachen Asyl entsteht. Die totalen Kosten im Jahr 2025 könnten damit auch weit mehr als rund sechs Milliarden betragen.

Vor drei Jahren rechnete der ehemalige SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer die damaligen Kosten des Asylwesens auf 7,1 Milliarden Franken hoch. Er ging dabei von jährlichen Kosten von 80 000 Franken pro Asylanten aus, was wohl zu hoch geschätzt war. Anerkennt Bundesbern aber weiterhin Flüchtlinge so grosszügig wie heute, dürften die Asylkosten bis in einigen Jahren nicht mehr weit hinter Schlüers sieben Milliarden zurückbleiben – oder diese sogar übertreffen. ○